

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

10.9.1929 (No. 210)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung Nr. 14
Karlstraße
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B.
C. H. Seyfried
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf., Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Zeitung zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Nachdruck, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Konsularische Vertretung der Türkei

Der zum Türkischen Botschaftskonsul in Stuttgart ernannte Franz Arnold ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

Panuropa
Ausprache in Genf

Auf Einladung des französischen Ministerpräsidenten Briand fand Montag mittig in Genf ein Frühstück statt, an dem die ersten Delegierten der europäischen Staaten teilnahmen. An dieses Frühstück schloß sich eine Erörterung der wirtschaftlichen Vereinigten Staaten von Europa an. Es sprachen zu diesem Thema der französische Ministerpräsident Briand, der deutsche Reichsaussenminister Dr. Stresemann, der englische Außenminister Henderson, der Schweizer Delegierte Watta, der belgische Außenminister Dymans und der österreichische Delegierte v. Streinwig. Das von Briand gestellte Thema wurde sehr ernst, sehr lebhaft diskutiert.

Als Resultat der Besprechung wurde Briand gebeten, seine Idee und die Ergebnisse dieser Diskussion in einem Memorandum zusammenzufassen und den beteiligten Außenministern zuzustellen. Die Außenminister werden an Hand dieses Memorandums mit ihren Regierungen Fühlung nehmen, und man wird an einem noch zu vereinbarenden Zeitpunkt die Diskussion über dieses Thema fortsetzen.

Stresemann über Panuropa

Zu seiner gemeldeten Rede am Montag hat auch Stresemann die Briandsche Anregung behandelt, wobei er jedoch einen europäischen Zolltarif gegen Amerika ablehnte.

Warum solle — so führte Dr. Stresemann aus — der Gedanke, das zusammenzufassen, was die europäischen Staaten einigen kann, von vornherein unmöglich sein? Er schilderte die Grenzverhältnisse Europas mit allen ihren Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem und verkehrstechnischem Gebiet, die in wenigen Jahrzehnten — so hoffte er — als ein mittelalterlicher Zustand angesehen werden würden. Er fragte: Wo bleibt die europäische Minge? Wo die europäische Wirtschaft? und wenn es möglich ist, jetzt mit einer Ersparnis von 20 Tagen von Deutschland nach dem Fernen Osten zu gelangen, so mutet es doch merkwürdig an, daß es nicht möglich zu sein scheint, auch die wirtschaftlichen Grenzverhältnisse zu erleichtern, wie es einem modernen Europa entspricht.

Ich möchte an dieser Stelle nicht über den politischen Inhalt des Versailler Vertrages sprechen — schloß Dr. Stresemann —, und ich glaube auch, daß meine Stellungnahme dazu bekannt ist. Aber durch den Versailler Vertrag sind eine ganze Anzahl neuer Staaten geschaffen worden; man hat jedoch nicht daran gedacht, diese Staaten, den modernen Verhältnissen entsprechend, in das wirtschaftliche System Europas einzufügen. Ein großer deutscher Dichter hat einmal gesagt, daß jede große Idee zuerst wie eine Tollheit anmutet. Ich lehne es ab, die wirtschaftliche Vereinigung und Vereinfachung der europäischen Staaten als eine Utopie anzusehen, ich halte es vielmehr für eine unbedingte Pflicht, in dieser Richtung zu arbeiten. Freilich wird sich diese Arbeit nicht mit Glanz und Hurra lösen lassen, sie gehört vielmehr zu jener Tätigkeit, von der der Dichter sagt, daß sie „zum Bau der Ewigkeiten zwar Sandkörner nur an Sandstorn reißt, doch von der großen Schuld der Zeiten Minuten, Tage, Jahre freißt“.

Deutsche Pressestimmen

In der Berliner Presse findet die Rede Stresemanns größtenteils Zustimmung.

Die „Germania“ erklärt, die Ausführungen Dr. Stresemanns liegen in der Abrüstungsfrage erheblich hinter den viel stärkeren Formulierungen Macdonalds. Wir hätten eine deutlichere deutsche Kritik an den Verschleierungsversuchen, die bekanntlich den Weisfall der französischen Reden gefunden haben, aufrichtig gewünscht. Auch in der Minderheitenfrage hat der deutsche Außenminister sich offensichtlich durch den Wunsch, keine Störung der Atmosphäre zu verursachen, stark zurückhalten lassen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erblickt in der Rede mehrfach politische Feststellungen, die der allgemeinen Ansicht in Deutschland ohne Unterschied der Partei entsprechen. Die Rede sei klug insofern, als sie das Saager Ergebnis mit bedeutend größerer Reserve würdige. Zunächst erkennt das Blatt an, daß der deutsche Außenminister die Notwendigkeit der Rückgabe des Saargebietes betont und hinzugefügt hat, daß das der einmütige Wunsch der Bevölkerung sei. Ein europäischer Staatenbund — so betont das Blatt —, der seine Signatur durch die Oberherrschaft einer einzelnen Macht erhielt, kann für Deutschland nicht in Frage kommen. Erst muß die Gleichberechtigung zwischen den europäischen Staaten wiederhergestellt und eine friedliche Revision der einseitigen Diktate durchgeführt sein, ehe, eben in voller Gleichberechtigung, über nähere Zusammenschlüsse gesprochen werden kann.

In der „Deutschen Tageszeitung“ heißt es: Mit vielen Zeichen der Ausführungen, die durch gute Formulierungen, Entschiedenheit und Offenheit nach der angenehmen Seite hin enttäuschten, kann sich auch der Kritiker der Stresemannschen Gesamtpolitik durchaus einverstanden erklären. Die Entschiedenheit, mit der Stresemann auch die Befreiung des Saargebietes von fremder Besatzung forderte, war gerade dem Völkerbund

Letzte Nachrichten

Die Saarländer in Genf

W. W. Saarbrücken, 10. Sept. (Tel.). Der Genfer Vertreter der „Saarländer Zeitung“ meldet, daß gestern die in Genf weilenden Führer der saarländischen Parteien in Anwesenheit Dr. Stresemanns, des Staatssekretärs v. Schubert und der Reichstagsabgeordneten v. Rheinbaben, Dr. Kaas und Dr. Koch-Weser von der deutschen Delegation empfangen worden seien. Bei der Besprechung seien alle Fragen erörtert worden, die mit der Einleitung diplomatischer Verhandlungen über die Saarfrage zwischen Deutschland und Frankreich in Verbindung stehen, und festgestellt, daß der Standpunkt sämtlicher vertretenen Parteien in den besprochenen Fragen ein einheitlicher ist. Die Verhandlungen, die nach dem Berichterstatter in der zweiten Hälfte des Septembers in Paris beginnen, stehen deutscherseits voraussichtlich unter der Leitung des Staatssekretärs a. D. Dr. Ernst v. Sifon.

Die Krise der Landwirtschaft

Berlin, 10. Sept. (Tel.). Die Führer der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen, Dornes, Brandes, Schiele und Fehr, haben in einem Schreiben vom 8. September an den Reichsernährungsminister auf die Verschärfung der Krise in der deutschen Landwirtschaft erneut hingewiesen. Sie richten an die Regierung die Forderung, eine Reihe von Sofortmaßnahmen durchzuführen, um die dringendsten Mängel auf den landwirtschaftlichen Produktmärkten zu beheben. Die Mittel sollen ohne Mitwirkung des Reichstagsplenums sogleich durchführbar sein.

Mecklenburg-Schwerin
und die Berliner Kriminalpolizei

W. W. Schwerin, 10. Sept. (Tel.). Zu Pressemeldungen, in denen vor kurzem über die Tätigkeit Berliner Kriminalbeamter in Mecklenburg-Schwerin aus Anlaß der Sprengstoffanschläge in Lübeck und Schleswig-Holstein berichtet wurde, teilt die Pressestelle des Staatsministeriums mit:

Die sofort vom Ministerium des Innern beantragten Ermittlungen haben ergeben, daß Beamte des Polizeipräsidiums Berlin am 21. August 1929 in der Tat auf den Gütern Miltzow und Sottin bei Erwerb selbständig Ermittlungs- und Beschlagnahmemaßnahmen vorgenommen haben. Die für die Vornahme derartiger Maßnahmen allein zuständigen mecklenburgischen Beamten sind nicht hinzugezogen worden, obwohl dies durchaus möglich gewesen wäre, ohne den Gang der Ermittlungen aufzuhalten. Auf die durch das Ministerium des Innern sofort erhobenen Vorstellungen hat der Polizeipräsident in Berlin sein lebhaftes Bedauern über das Vorgehen dieser Beamten ausgesprochen und die Befragung des dafür in erster Linie verantwortlichen Beamten in Aussicht gestellt. Er hat auch Vorbehalte getroffen, daß sich derartige Mißgriffe nachgeordneter Beamter, die geeignet sind, die bisher stets gute Zusammenarbeit zwischen den Beamten des Polizeipräsidiums Berlin und des mecklenburg-schwerinschen Landesstriminalamts zu stören, nicht wiederholen.

Briand unterbricht seinen Genfer Aufenthalt

W. W. Paris, 9. Sept. (Tel.). Wie der „Matin“ berichtet, wird Briand an dem am Donnerstag in Romboillet stattfindenden Ministerrat teilnehmen und wahrscheinlich Ende der Woche nach Genf zurückkehren.

Polen, Südslavien und Peru in den Völkerbundsrat gewählt. Die Völkerbundsversammlung hat am Montag mit 50 von 53 Stimmen Polen für ein weiteres dreijähriges Mandat als nichtständiges Mitglied des Völkerbundsrates bestätigt. An Stelle Rumäniens wurde Südslavien mit 42 Stimmen und an Stelle Chiles Peru mit 36 Stimmen für drei Jahre in den Völkerbundsrat gewählt.

gegenüber, der bekanntlich hier Treuhänder ist, angebracht und nützlich. Bezeichnenderweise aber blieb an dieser Stelle jeder Beifall aus.

Französische Stimmen

W. W. Paris, 10. Sept. Die gestrige Rede Stresemanns wird von der Presse als sehr bedeutsam gewürdigt und von vielen Mätern nach den Erklärungen Macdonalds und Briands als weiterer Beitrag zur Friedenspolitik bezeichnet.

„Matin“ nennt die Rede sehr bedeutsam. Die eine Gruppe seiner Darlegungen stelle die Ansichten der Wilhelmstraße über die Entwicklung Europas dar, die andere Gruppe der Darlegungen sei das persönliche Wort Stresemanns, das Wort eines Ministers, der vorwärts schreite und die Ereignisse von hoher Warte aus zu beurteilen versuche. — „Zeit Journal“ erklärt die Rede für geschickt und klug. Es sei die Rede eines guten Europäers, aber freilich die Rede eines Europäers, der allzu ausschließlich als Deutscher spreche und denke. — „Volonté“ spricht von einem Triumphat Briand-Stresemann-Macdonald, das Europa eine größere Sicherheit gemähre und ihm neue Hoffnungen ermögliche. — „Ami du Peuple“ spricht von einem Optimismus, der nicht überausen könne, weil Stresemann mit Bezug auf das Rheinland und andere Fragen Genugtuung erlangt habe. Er hält das Vertrauen Stresemanns auf die politischen Abkommen für übertrieben, da man der menschlichen Schwäche Rechnung tragen müsse. Deshalb seien Bataillone noch lange nötig.

Die Bautätigkeit
in den deutschen Städten

Im ersten Halbjahr 1929 ist die Bautätigkeit ungewöhnlich stark durch die ungünstige Witterung im letzten Winter beeinträchtigt worden. Aus dem Jahre 1928 waren unvollendete Bauten aller Art in beträchtlicher Anzahl in das neue Baujahr herübergenommen worden. Die Deutsche Bau- und Bodenbank schätzt in ihrem sehr interessanten und lehrreichen Halbjahresbericht über die Entwicklung der deutschen Bauwirtschaft die Zahl der Wohnungen, deren Vollenbung aus dem Jahre 1928 in das Jahr 1929 herübergenommen werden mußte, auf 125 000 für das ganze Deutsche Reich. Neben den Witterungseinflüssen ist aber die Übernahme einer so großen Zahl angefangener Wohnungsbauten über den Stillstand des Hochbaues im Winter hinweg in das neue Baujahr hinein auch noch durch andere Vorgänge bedingt. Schwierigkeiten bei der vor Baubeginn notwendigen Sicherstellung der Dauerfinanzierung verzögerten vielfach die frühzeitige Inangriffnahme der Bauten.

In der gleichen Richtung wirkte das Vorgehen derjenigen Stellen, die bei der Verteilung der öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau einen gewissen zeitlichen Ausgleich hinsichtlich der Beschäftigung des Baugewerbes und der Bauarbeiter anstrebten. Diese Entwicklung hat dazu geführt, daß in den letzten Jahren zwei deutlich voneinander getrennte Perioden der Beschäftigung im Baugewerbe unterschieden werden können: die erste liegt im Frühjahr und in ihr werden hauptsächlich die im Spätsommer und Herbst des Vorjahres begonnenen Bauten zu Ende geführt. Die zweite liegt im Sommer und bringt erst die eigentlichen Neubauten des laufenden Jahres. Diese Entwicklung ist aber vorwiegend in den Großstädten zu beobachten. In den Mittel- und Kleinstädten ist sie nicht in gleicher Weise zu erkennen.

Unter dem Eindruck der günstigen Entwicklung der Bautätigkeit im Jahre 1928 war die Zahl der zur Genehmigung eingereichten Baubehaben in den Monaten Oktober 1928 bis Juni 1929 besonders hoch. Infolgedessen war auch die Zahl der erteilten Baueerlaubnisse in den ersten Monaten 1929 um mehr als 25 Prozent größer als in den gleichen Monaten 1928. In 96 Groß- und Mittelstädten wurden in den ersten fünf Monaten des Jahres 1929 57 171 Wohnungsbauereubnisse gegen 40 129 in den entsprechenden Monaten des Vorjahres erteilt. Dagegen waren die Baueerlaubnisse für öffentliche und gewerbliche Gebäude weniger zahlreich als im Vorjahr, was zweifellos auf die Finanznot der Gemeinden und auf die Schwierigkeit der Unterbringung größerer Anleihen zurückzuführen ist. Der Baubeginn folgt der Baueerlaubnis in der Regel in einem Abstand von drei Monaten, der sich im Herbst auf zwei Monate zu verringern pflegt. Im Jahre 1929 setzte die Bautätigkeit jedoch zwei Monate später ein als in früheren Jahren. Bestimmend war dafür in erster Linie der außerordentliche starke und anhaltende Winterfrosts, daneben aber auch die Entwicklung des Geld- und Kapitalmarktes. Trotzdem war aber auch die Zahl der Baubeginne im ersten Halbjahr 1929 noch um etwa 22 Proz. höher als im Vorjahr. Die Zahl der Bauvollendungen für Wohnungsbauten, gewerbliche und öffentliche Bauten entspricht den zahlreichen Baubeginnen im Spätsommer und Herbst 1928, allerdings unter Berücksichtigung der Verzögerungen durch den Winterfrosts.

Die Wohnungsbautätigkeit verteilt sich auf die einzelnen Gemeinden derart, daß etwa 40 Proz. auf die Groß- und Mittelstädte entfallen, die durch die Monatsausweise des Statistischen Reichsamts allein erfaßt werden, ferner aber 42,7 Proz. auf die Gemeinden zwischen 2000 und 50 000 Einwohnern und der Rest auf die Kleingemeinden bis zu 2000 Einwohnern. Der Wohnungsbau hat sich aber sowohl in den Groß- und Mittelstädten, wie auf dem platten Lande sehr verschieden entwickelt. Selbst die einzelnen Städte von gleicher Größe zeigen ganz auffallende Unterschiede.

Zum Teil erreicht die Bautätigkeit den Umfang des Vorjahres, zum Teil bleibt sie aber auch merklich dahinter zurück. Vielleicht hängen diese örtlichen Unterschiede auch mit der verschiedenen Leistungsfähigkeit der Sparkassen zusammen.

Bei den Bauherren pflegt man private Bauunternehmer, gemeinnützige Baugenossenschaften sowie öffentliche Körperschaften und Behörden zu unterscheiden. In den Groß- und Mittelstädten überwiegen zur Zeit die gemeinnützigen Baugenossenschaften, in den kleinen Städten und auf dem Lande die privaten Bauherren. Deren Anteil hat sich jedoch in den Groß- und Mittelstädten in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres etwas erhöht.

Die fühlbare Verteilung des Geldmarktes, die sich seit Februar dieses Jahres in Deutschland gezeigt hat, hat dazu geführt, daß dem Wohnungsbau im ersten Halbjahr 1929 etwas weniger langfristige Mittel zugeflossen sind, als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Dabei ist zu berücksichtigen,

daß ein großer Teil dieser Baupmittel schon im Jahre 1928 zugesagt worden ist, sonst wäre der Ausfall noch größer gewesen. Die Sparpläne haben außerdem dem Wohnungsbau im ersten Halbjahr 1929 im besonders großen Umfange hypothekarische Beleihungen zugeführt, wodurch die Knappheit an anderen Baugeldern gemildert werden konnte. Der Wohnungsbau wird bekanntlich, da für die zweifelhafte Beleihung private Mittel jetzt nur in sehr beschränktem Umfange und meist nur zu sehr hohen Zinssätzen zur Verfügung stehen, durch Darlehensgewährung aus öffentlichen Mitteln an zweiter und späterer Stelle gefördert.

Etwa zwei Drittel der im Wohnungsbau investierten öffentlichen Mittel stammen aus der Haussteuer. Man nimmt an, daß zur Zeit nur noch etwa 10 Proz. der für den Wohnungsbau aufzubringenden Mittel Eigenkapital der Bauherren und Wohnungsuchenden darstellen. A. J.

### Keine Meinungsverschiedenheiten im englischen Kabinett

W.L. London, 10. Sept. (Tel.) In gut unterrichteten Kreisen werden die Gerüchte über akute Meinungsverschiedenheiten im Kabinett wegen Gendersons Genfer Erklärung über einen Vertrag zur finanziellen Unterstützung bedrohter Staaten in Abrede gestellt. Gendersons Mitteilung habe zweifellos Kritik an seiner Haltung ausgelöst, aber die Ansicht der englischen Minister gehe dahin, daß diese Kritik und diese Zweifel auf Mißverständnissen beruhten, die möglicherweise auf die kurz zusammengefaßten Berichte über die Erklärungen Gendersons zurückzuführen seien, und daß nicht genügend Aufmerksamkeit den wichtigen Vorbehalten Gendersons zugewandt worden sei.

Im übrigen sei eine britische Erklärung zugunsten der finanziellen Unterstützung eines angegriffenen Staates nichts Neues. Lord Curzon habe im Februar 1928 im Völkerbundsausschuß für Schiedsgerichtsbarkeit und Sicherheit als Vertreter der konservativen Regierung erklärt, daß England bereit sei, den Vorschlag finanzieller Hilfe zu unterstützen, und daß die britische Regierung ihn als großen Anreiz zur Erhaltung des Friedens ansehe.

### Vor der Schutzolldebatte in Amerika

W.L. Washington, 10. Sept. (Tel.) Die Tarifdebatte im Plenum des Senats begann gestern mit der Beratung eines Antrages des Senators Simmons, die Geschäftsbücher der um Zollschutz nachsuchenden amerikanischen Industriefirmen dem Senat zur Prüfung vorlegen zu lassen.

Der Hauptredner gegen den Antrag Simmons, Senator Reed (Pennsylvanien), erklärte, daß die Einfuhr in die Geschäftsbücher zu viel Zeit in Anspruch nehme und nichts nütze; denn bei der Tarifnovelle handle es sich um das Ziel, den Lohnunterschied zwischen Amerika und dem Ausland auszugleichen. Beispielsweise werde Zement und Eisenbahn in Amerika genau so gut wie in Deutschland und Frankreich hergestellt, aber diese Länder brauchten für Löhne nur den fünften Teil dessen zu zahlen, was die amerikanischen Fabrikanten aufwenden müßten, und im Interesse der Erhaltung anständiger Löhne für die amerikanischen Arbeiter müsse diese Differenz durch Schutzölle wettgemacht werden.

### Dank aus Moskau

In der Berliner „Noten Jahne“ wird wortwörtlich eine Verbalnote abgedruckt, die das Außenkommissariat der Sowjetregierung dem deutschen Botschafter in Moskau überreicht hätte. Die Sowjetregierung bestritt sich in dieser Hinsicht im Stille der Propaganda gehaltenen Note über die Bedingungen, denen angeblich tausende von Sowjetbürgern in China ausgeführt seien. Zum Schluß wird erklärt, daß die von den deutschen Konsulaten in China bisher getroffenen Maßnahmen zum Schutze der Sowjetbürger bisher zu keinem irgendwie nennenswerten Ergebnis geführt haben.

In einer deutschen Antwortnote an Moskau, die nun veröffentlicht wird, heißt es dazu, daß diese Angriffe sehr befremdet haben, um so mehr, als sie sich auf in keiner Weise nachprüfbar allgemeine Behauptungen stützen und die Sowjetregierung es für richtig befunden habe, ihre, die Vorwürfe enthaltende Verbalnote sofort zu veröffentlichen. Die deutschen Konsulate haben sich im Rahmen des Erreichbaren mit aller Kraft erfolgreich für die Interessen der Sowjetbürger eingesetzt. Die Note führt sodann Fälle auf, in denen deutsche Vorstellungen in China wirksam gewesen sind.

### Eine neue Sowjeterklärung

W.L. Moskau, 9. Sept. (Tel.) (Telegr.-Sgt. der Sowjetunion). Das Außenkommissariat übergab der deutschen Botschaft eine Erklärung mit dem Ersuchen um Weiterleitung an die Moskauer und die Moskauer Regierung, in der 19 neue Fälle von Einbrüchen chinesischer Truppenteile und weingardistischer Banden ins Sowjetgebiet angeführt werden. Die Regierung legt die Verantwortung für die Überfälle resp. der Moskauer und der Moskauer Regierung auf und weist darauf hin, daß die Gegenmaßnahmen aus Gründen der Selbstverteidigung zu entscheidenden Gegenmaßnahmen zum Schutze der Bevölkerung gezwungen gewesen sei. Die Sowjetregierung glaubt, daß das einzige Mittel zur Verhütung neuer Komplikationen die unverzügliche Auflösung der weingardistischen Truppen und sofortige Maßnahmen zur Einstellung und Verhinderung neuer Einfälle sei.

W.L. London, 10. Sept. (Tel.) „Times“ berichtet aus Moskau: Sowjetrußland führt jetzt Krieg gegen China ohne jede Kriegserklärung. Der Vormarsch der Truppen ist auf die Ankunft von Verstärkungen und auf die Organisation der Streitkräfte unter dem Sowjetoberbefehlshaber Blücher (Galen) zurückzuführen. Weitere Verstärkungen werden aus Moskau während der kommenden Woche erwartet. Die chinesischen Truppen sind angewiesen worden, sich bis zum äußersten zu verteidigen, aber nicht ins Sowjetgebiet einzudringen. Aus Tokio berichtet „Times“, daß Tschiangkaihsch Stellung durch die Feindschaft, die er im Norden gegen sich hervorgerufen hat, geschwächt worden ist, und daß er nicht in der Lage sein werde, sich noch viel länger den Forderungen Moskaus zu widersetzen.

Die Verwaltungsreform in Preußen. Der preussische Innenminister hat wiederholt erklärt, daß die preussische Staatsregierung dem Landtag im Herbst d. J. die neuen Verwaltungsreformgesetze vorlegen werde. Wie der „Voss. Ztg.“ zufolge verlautet, hofft man im Innenministerium, die geplanten Gesetzeswürfe in absehbarer Zeit dem Landtag vorzulegen. Es handelt sich vor allem um die neue Städteordnung, um die Gemeinde- und Provinzialordnung.

## Die Reform der Arbeitslosenversicherung

Im Kurhaus Bählerhöhe bei Baden-Baden trafen am Montag die Reichsminister Severing, Wisell und Dr. Silberding ein, wo sie mit dem Reichsfinanzminister eine Besprechung hatten. Zweck der Besprechung war die sozialdemokratische Kabinettmitglieder mit dem Reichsfinanzminister, eine Klärung der Auffassung vor allem über die Reform der Arbeitslosenversicherung herbeizuführen, da ja mit der heutigen Sitzung des Reichsrates und mit der am Donnerstag beginnenden zweiten Lesung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages ein neues Stadium beginnt. Die Minister sind wieder nach Berlin zurückgereist.

### Gegen eine Beitragserhöhung

Seit einigen Tagen häufen sich die Kundgebungen von Wirtschaftsvertretungen aus den verschiedensten Teilen des Reiches, in denen eine Sanierung der Arbeitslosenversicherung ohne Erhöhung der Beiträge gefordert wird. Am Samstag sind solche Entschlüsse gefaßt oder Telegramme dieses Inhalts an das Reichswirtschaftsministerium und andere Reichsstellen geleitet worden von folgenden Wirtschaftsvertretungen, die ihre Auslassungen zur Verbreitung vorlegen:

Industrie- und Handelskammer Ludwigshafen a. Rh., Verband für Handel, Gewerbe und Industrie e. V. in Wilhelmshaven-Hüfingen, Vereinigung der Kaufmannschaft zu Basel, Arbeitsgemeinschaft der Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie in Pforzheim.

### Änderungen in den höheren Kommandostellen der Reichswehr

Das Reichswehrministerium gibt die folgenden Personalveränderungen in den höheren Kommandostellen bekannt:

Mit dem 1. Oktober d. J. werden ernannt: Generalleutnant Frhr. Seutter von Eßlen, Stab des Gruppenkommandos I, bisher beauftragt mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Kommandeurs der 5. Division, und Befehlshaber im Wehrkreis V, zum Kommandeur der 5. Div. und Befehlshaber im Wehrkreis V, Generalleutnant Schnewind, Kommandeur der 3. Div. und Befehlshaber im Wehrkreis III, zum Kommandeur der 2. Div. und Befehlshaber im Wehrkreis II, Generalmajor von Stülpnagel, Chef des Heerespersonalamts, zum Kommandeur der 3. Division und Befehlshaber im Wehrkreis III, Generalmajor von Blomberg, Chef des Truppenamts, zum Kommandeur der 1. Division und Befehlshaber im Wehrkreis I, Generalmajor Frhr. von Hammerstein-Equord, Stab des Gruppenkommandos I, zum Chef des Truppenamts.

Mit dem 30. September d. J. scheiden aus: Generalleutnant Frhr. von Gesebe, Kommandeur der 1. Division und Befehlshaber im Wehrkreis I, Generalleutnant von Amberg, Kommandeur der 2. Div. und Befehlshaber im Wehrkreis II, Generalleutnant Reinke, Kommandeur der 5. Div. und Befehlshaber im Wehrkreis V, Generalleutnant von Greiff, Inspekteur der Waffenschulen, Generalleutnant Gsch, Kommandeur der Artillerieschule, Generalmajor Gölber, Artillerieschüler I, Generalmajor Ritter von Pfäffel, Infanterieführer II, Generalmajor Krans, Infanterieführer IV, Generalmajor Grinne, Artillerieschüler VI, Generalmajor von Wenz zu Niederlahnstein, Kommandant von München, Generalmajor von Platen, Kommandeur des Infanterieregiments 18.

### Das Handwerk in den Klein- und Mittelstädten

Wenn in den Großstädten das Handwerk vielfach nicht mehr die gleiche Bedeutung wie früher besitzt, so zeigt die Zusammenfassung der städtischen Selbstverwaltungskörper in den kleinen und mittleren Kommunen, daß dort das Handwerk immer noch seine alte Stellung behauptet hat.

In der Zeitschrift „Der Reichsstadtebund“ hat der Generalsekretär Dr. Meusch vom Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtterlage treffend darauf hingewiesen, daß die glanzvolle Vergangenheit des deutschen Handwerks mit der Geschichte der deutschen Städte aufs engste verbunden ist. Das Handwerk, so führt Dr. Meusch aus, bewege sich trotz aller Hemmnisse in einer aufsteigenden Linie, die sich freilich nicht so sehr in der Vermehrung der Arbeitskräfte, als in der verstärkten Anwendung von Maschinen und Werkzeugen sowie in einer verbesserten Betriebsführung ausdrückt. Man könne nicht die Zahl der Betriebe oder die Zahl der Berufstätigen allein zum Maßstab für die wirtschaftliche Kraft eines Berufsstandes machen. Trotzdem sei die Betriebszahl des Handwerks in den Städten mittleren und kleinen Umfangs auch heute noch höher als in den Großstädten und als auf dem flachen Lande. Dr. Meusch schätzt, daß im Durchschnitt auf je 1000 Einwohner in den mittleren und kleinen Städten 25 bis 35 Handwerksmeister entfallen dürften, während im gesamten Reich nur etwa 15 handwerkliche Betriebe auf je 1000 Einwohner kommen. Das liegt zum Teil daran, daß die Handwerker der Mittel- und Kleinstädte vielfach das flache Land mit Erzeugnissen des Handwerks versorgen.

Schließlich weist Dr. Meusch darauf hin, daß die Stadtverwaltungen gerade in den Klein- und Mittelstädten die Möglichkeit haben, durch Bezeugung von Lieferungen und Leistungen für die städtischen Anstalten, für Bauten usw. das ortsansässige Handwerk wirtschaftlich zu fördern. A. J.

### Ein kommunalisiertes Unternehmen in Konkurs

Durch den Zusammenbruch der „Gemeinnützigen Schleswig-Holsteinischen Möbelverfertigung“ samt ihren Tochtergesellschaften ist eine große Reihe von Gemeinden in der Provinz Schleswig-Holstein erheblich geschädigt worden. Sämtliche Kreise der Provinz haben bei diesem Unternehmen Geld eingezahlt. Von den Städten sind Altona mit 50 000 M., Flensburg mit 20 000 M., Kiel mit 60 000 M., sowie Barmstedt und Neumünster mit je 10 000 M. beteiligt. Wie es scheint, sind nicht nur alle Beteiligungen verloren, sondern eine Reihe von kommunalen Körperschaften werden auch noch für Bürgschaften und Nachzahlungen übernommen, aber noch nicht geklärt, inwieweit diese Ansprüche genommen werden. Die Konkursmasse soll so gering sein, daß die Gläubiger fast leer ausgehen. Die Gemeinden, die sich an solchen kommunalisiertem Unternehmen mit Kapital beteiligen, laufen immer Gefahr, große Verluste zu erleiden, wenn das öffentliche Unternehmen sich als nicht wettbewerbsfähig mit gleichartigen Privatbetrieben erweist.

### Das europäische Kohlenproblem

Der englische Handelsminister Graham entwarf in der Nachmittagsitzung der Völkerbundsversammlung am Montag ein umfangreiches wirtschaftliches Arbeitsprogramm für den Völkerbund. Sehr eingehend behandelte er das europäische Kohlenproblem. Unter Hinweis auf die außerordentlich großen Schwankungen im Kohlenverbrauch wie der Kohlenförderung, die zum Teil auch heute noch auf künstliche Weise vergrößert würde, und die wachsende Verwendung von Öl an Stelle von Kohlen, verlangte Graham eine internationale Verständigung über eine langsame Senkung der Kohlenproduktion. England sei bereit, an einer internationalen Konferenz zur Angleichung von Arbeitsmöglichkeiten und Lohnverhältnissen mitzuarbeiten.

## Die abgelehnte Tarifierhöhung

Die Ablehnung der verlangten Tarifierhöhung durch den Reichsverkehrsminister stellt — wie die „Frankf. Ztg.“ schreibt — die Verwaltung der Reichsbahn vor die Frage, ob sie, um ihren Antrag doch durchzubringen, nun ebenso, wie im Vorjahr, das Reichsbahngericht anrufen soll.

Die Verwaltung hatte, wie erinnerlich ist, die Tarifierhöhung verlangt, um daraus die Deckung für die Mehrausgabe von 55 Millionen Reichsmark jährlich zu erzielen, die sie aus dem für verbindlich erklärten Schiedspruch für die Arbeiter der Reichsbahn herausgerechnet hat. Wenn jetzt der Reichsverkehrsminister gleichwohl die Tarifierhöhung abgelehnt hat, so offenbar deshalb, weil sich die finanzielle Lage der Reichsbahn in den letzten Monaten sichtlich gebessert hat, so daß es mindestens als fraglich erscheinen kann, ob eine Erhöhung der Tarife wirklich unentbehrlich sei. In der ersten Hälfte des Kalenderjahres 1929, für die bis jetzt Monatsabschlüsse der Reichsbahn vorliegen, hat sie zunächst 33,5 Millionen Mindereinnahmen ausgewiesen, dann aber, in den Monaten März bis Juni, Mehreinnahmen, das heißt Überschüsse von zusammen 46,8 Millionen Reichsmark. Da auch der Juli nach den bis jetzt vorliegenden Verkehrszahlen für die Bahn ein finanziell günstiges Ergebnis gehabt hat, und die verkehrsstärkenden Monate des Herbstes noch bevorstehen, darf damit gerechnet werden, daß das Gesamtjahresergebnis hinter dem der ersten Jahreshälfte nicht zurückbleiben werde. Wäre diese Hoffnung aber berechtigt, dann wäre eine Tarifierhöhung in dem Ausmaß, wie sie die Verwaltung verlangt hat, nicht nötig.

### Die Vorgänge im Versicherungsgewerbe

Wie das Reichswirtschaftsministerium bestätigt, ist im Hinblick auf verschiedene Vorkommnisse im Versicherungsgewerbe ein Rufus zum Versicherungsvertrag geplant, wonach durch das Aufsichtsamt eine stärkere Überwachung der Versicherungsgesellschaften erfolgen soll. Außerdem soll eine private Treuhandgesellschaft das vorliegende Material von Fall zu Fall prüfen. Die Vorbereitungen sind soweit gefördert, daß man in der nächsten Zeit entsprechende Vorschläge erwarten kann. Vermutlich wird sich dann der Reichstag schon bei seinem Zusammentritt damit beschäftigen können.

In Frankfurt a. M. wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft gegen die bisherigen Direktoren der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-AG, Philipp Becker und Dr. Kirsbaum, sowie gegen die bisherigen Direktoren der Südwestdeutschen Bank, E. Sauerbrey und Bruno Fuchs, die Voruntersuchung eröffnet. Verträge gegen attienrechtliche Prüfungsbeschlüssen sind bereits infolgedessen festgestellt, als eine Reihe erheblicher Verpflichtungen nicht in den Büchern der „Havag“ verbucht worden sind. In zahlreichen Fällen haben die Angeklagten offensichtlich ihre privaten Interessen mit den Interessen der Gesellschaft verquid und durch die „Havag“ ihren eigenen Geschäften Finanzhilfe geleistet. Eine Prüfung der Finanzabgeschäfte macht den denkbar schlechtesten Eindruck, und viele Transaktionen sind als bedenklich anzusehen. Sauerbrey und Fuchs werden angeklagt, als Mitglieder des Vorstandes der Südwestdeutschen Bank absichtlich zum Nachteil der Gesellschaft gehandelt und zur Zeit der Zahlungseinstellung der Bank in der Abicht der Gläubigerbenachteiligung Vermögensgegenstände beiseite geschafft zu haben. Darüber hinaus wird Sauerbrey des Betrugs, der Antrags und der widerrechtlichen Verfügung von Effekten zu eigenem Nutzen bzw. zum Nutzen eines Dritten beschuldigt. Der Aufenthalt von Sauerbrey ist noch nicht ermittelt.

### Die französischen Beschwerden gegen die Pfälzer

Zu der Angelegenheit der Beschwerde des französischen Volkshatters, daß unter der Bevölkerung der Pfalz im allgemeinen und in der Beamtenchaft der Pfalz im besonderen eine ungewöhnlich starke Befahrungs- und frangosenfeindliche Stimmung herrsche, die ganz besonders vom Gauverband des Bayerischen Beamtenbundes genährt worden sei, veröffentlicht der stellvertretende Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes, Dr. Leifewitz, folgende Erklärung:

Es ist unzutreffend, daß der Bayerische Beamtenbund in der letzten Zeit mit besonderer Betonung gegen die französischen Befahrungsbehörden aufgetreten sei. Selbstverständlich ist es jedes Rechts und unsere nationale Pflicht, uns gegen die Bekämpfung, die wir durch die Befahrung erfahren haben, zur Wehre zu setzen. Das haben wir aber immer getan und vor allem, wir haben es weit schärfer in früheren Jahren getan als in letzter Zeit, wo wir manchen Anlaß zur Mitleid still übergingen in der Erwartung, daß die Leidenszeit der Pfalz durch den Abzug der Befahrung ihr Ende bald erreichen würde. Ich kann in einer heutigen Beschwerde der Pfälzer nur den Grund sehen, daß man aus einer fälschlichen Behauptung unfreundliche Stimmung der Beamten zu der Befahrung zu machen sucht. Das befohrt die Befahrung selbst fortgesetzt und gründlich!

## Kurze Nachrichten

Abbe Oeagy Kandidat der elfstündigen Volkspartei für den Senat. Der Departementalausschuß der elfstündigen Volkspartei in Nülhausen (Elz) hat in geheimer Abstimmung Abbe Oeagy einstimmig zum Kandidaten der Partei für den Senat nominiert. — Die Wahl der Delegierten der ... wenderte, zur Senatswahl findet nächsten Sonntag, den 15. September, statt. Der englische Bahndienst im Saargebiet wird wahrscheinlich zurückgezogen.

Konkursverfahren gegen die norwegische Kommunistische Partei. Auf Ersuchen eines Osloer Bürgers, der eine der norwegischen kommunistischen Partei geliehene Summe von 6000 Kronen nicht zurückerhalten hatte, ist ein Konkursverfahren gegen die Partei eingeleitet worden. Es wurde ein einseitiger Verwalter für das Eigentum der Partei ernannt. „Großer Anflug.“ Gegen den ehemaligen Kaufmann Josef Felt in Frankfurt a. M., der sich der Mittäterchaft an dem Bombenattentat beichtigigt hatte, wird die Polizei ein Verfahren wegen großen Unfugs einleiten. Es ist festgestellt worden, daß er während des Anschlags gar nicht in Berlin, sondern in Frankfurt war.

Bei Helsberg (Saargebiet) wurde auf der Landstraße in der Nähe des Kleinbahnhofs der 24jährige Dampfwagenführer von einem Räuber durch einen Schuß niedergestreckt und seiner Burschenschaft von 200 M. und 300 Franken, sowie der Uhr samt Kette und Ausweispapieren beraubt. Bei der Schiffstataktrophe in Finnland sind nach den letzten Feststellungen insgesamt 126 Personen ums Leben gekommen. In Avellino bei Neapel erschloß ein Kleinbauern seinen Bruder, dessen Frau und ihren Sohn. Als Motiv der Tat werden Selbstverleugungen zwischen den beiden Familien angegeben.

In Spanien ist ein von Vigo kommender Schnellzug infolge eines Erdbebens entgleist. Über die Zahl der Opfer des Unglücks ist noch nichts bekannt. Drei Arbeiter in einer der Retroloquenzen bei Houston (Texas), die ihre abgemauerten Körper mit Benzin anrieben, gingen plötzlich Feuer und verbrannten.

# Badischer Teil

## Erholungsfürsorge für Polizei- und Gendarmeriebeamte

Besuch von Minister Dr. Kemmle auf dem Heuberg

Auch der Reichsweh heute, daß der Beruf des Sicherheitspolizei- und Gendarmeriebeamten an die körperlichen und geistigen Kräfte, vor allem aber an die Nerven, hohe Anforderungen stellt. Man denke — um nur ein Beispiel anzuführen —, welches Maß von Ruhe, Aufmerksamkeit und Konzentration von jenem Beamten verlangt wird, der an einer belebten Straßenecke, umtost von Autos, Straßenbahnen, Fahrrädern, Fußgängern usw., den Verkehr zu regeln hat. Aber auch im Kampf mit dem Verbrechertum bei Tag und Nacht, bei der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in Stadt und Land, im steten Verkehr mit dem Publikum, werden die Beamten der Polizei und Gendarmerie immer wieder vor Aufgaben gestellt, die Besonnenheit, Beherrschung und schnelle Entschlußkraft verlangen. Niemand darf ein Beamter seine Nerven und damit seine Ruhe und Überlegenheit verlieren.

Es ist darum außerordentlich zu begrüßen, daß sich die badische Polizei und Gendarmerie seit mehreren Jahren bemüht, den Beamten in der Urlaubszeit die so notwendige Stätte des Ausruhens und der Erholung in gesunder Gegend zu verschaffen. Ein solches **Polizeierholungsheim** besteht seit dem Sommer 1926 dank eines Entgegenkommens auch seitens der Reichsfinanzverwaltung und des Runderholungsheimes auf dem schon weit über Baden hinaus bekannten Heuberg. Alle Beamten, die Gelegenheit gefunden haben, dort ihren Urlaub zu verbringen, sind über die Einrichtungen des Erholungsheimes des Lobes voll. Unterbringungsmöglichkeit ist in vier Gebäuden vorhanden für gleichzeitig 20 Familien mit 2 bis 5 Köpfen und für 19 Ledige. Das Heim ist von Juni bis Oktober jeden Jahres geöffnet. Die Aufenthaltsdauer für den einzelnen beträgt durchschnittlich 8 Wochen. Aufgenommen werden erholungsbedürftige Polizei- und Gendarmeriebeamten mit oder ohne Familien. Die Einweisungen erfolgen in der Regel auf Grund einer amtärztlichen Bescheinigung. Die Verpflegung ist vertraglich nach einem sehr billigen Preis geregelt; sie kostet pro Kopf im Tag nur 1,80 M., für Kinder unter 10 Jahren 80 Pf. Dieser Ferienaufenthalt auf dem Heuberg kostet also einen Beamten durchschnittlich kaum mehr als ein Urlaub zu Hause.

Dazu ist, soweit es möglich, alles geschehen, um den Beamten und ihren Familien den Aufenthalt in dem Heim angenehm zu gestalten. Die Einrichtungen sind schon und zweckentsprechend, die Räume geschmackvoll tapeziert und gestrichen. Die Möglichkeit zur Benutzung der gemeinsamen Küche für die Bereitung von Zwischenmahlzeiten, Abkochen von Milch und Fleischmagen von Wasser wird besonders von den Hausfrauen freudig begrüßt. In drei Gebäuden sind Bäder eingerichtet, so daß jedem Erholungsurlaubenden wöchentlich ein Bad zusteht. Doch bietet sich auch Gelegenheit, bei einem Ausflug ins Donautal im Freien zu baden. Die abwechslungsreiche Gegend, — der Heuberg ist landschaftlich schön, als vielfach angenommen wird — verlockt ohnehin zu kleineren und größeren Ausflügen. Bei schönem Wetter hat sich schon ein richtiger Kurbetrieb bei ständigem Aufenthalt der Familien im Freien entwickelt. Hierbei wird auch eifrig Sport getrieben mit Medizin-, Hand- oder Faustball. Auch die Kinder können sich im Freien nach Herzenslust austoben. An Regentagen und für die Abendstunden ist ebenfalls für die notwendige Unterhaltung gesorgt. Es ist ein Lesezimmer eingerichtet mit einer hübschen Bücherei, mit Unterhaltungs- und Musikspielen usw. und ebenso fehlt auch nicht der schon fast unvermeidliche Radioapparat. Das Polizeierholungsheim auf dem Heuberg erfreut sich in den wenigen Jahren seines Bestehens schon bei Polizei- und Gendarmeriebeamten einer wachsenden Beliebtheit. In diesem Jahre war das Heim bis jetzt von 81 ledigen und 55 verheirateten Beamten, zusammen von 202 Personen besucht.

Auf der Fahrt zur Jahrhundertfeier der Gendarmerie in Konstanz nahm der Minister des Innern, Dr. Kemmle, Gelegenheit, das Erholungsheim auf dem Heuberg zu besuchen. Der Minister besichtigte eingehend alle Räumlichkeiten, erkundigte sich bei den anwesenden Urlaubsgästen nach ihren Eindrücken und Wünschen und sprach seine besondere Befriedigung über die Einrichtung und Leitung der Erholungsstätte aus.

## Aus der badischen Landwirtschaft

Wie sieht es mit dem badischen Herbst aus? Die Entwicklung der Trauben ist in Baden gut fortgeschritten, in den wärmsten Tagen sind sie schon weich und süß und die Spätkulturburgen reifen. Wo der Winterfrost nicht geschadet hat, sind die Ausichten der kommenden Ernte günstig. Der 1928er Lager, trotzdem er von guter Qualität ist, noch in Mengen in den Erzeugerländern. Kaufabschlüsse in 1928er kamen im Marktgräberland zu 90—120 M die 100 Liter zustande.

Ein guter Frühherbst in Unterbaden. Der diesjährige Frühherbst verpricht, wie aus Versuchsaufstellungen gemeldet wird, außerordentlich gut zu werden. Der Portugieser, welcher hauptsächlich in den guten Weinlagen von Rheingau, Mosel, Nahe und Pfalz als Frühgewächs gebaut wird, färbt sich allmählich dunkel. — Der Wein ist fast durchweg gut. Im Wieslochener Rebaugebiet sind in diesem Jahre die Wurmtankheiten kaum aufgetreten, so daß die Gärten recht üppig aussehen. Die hier gebauten Spättrauben, wie Rotlager, Riesling, Elbling, Burgunder, Sylvaner werden in 5—6 Wochen ebenfalls einen quantitativen und qualitativ ausgezeichneten Spätherbst zeitigen.

Reiche Gurtenernte. Das Städtchen Gundelsheim im Odenwald ist zur Zeit Mittelpunkt der Gurtenernte. Tausende von Jentnern sind und werden von der näheren und ferneren Umgebung geliefert, um in der Konzentration zu verarbeiten zu werden. Das Schälen der Früchte kann in der Fabrik nicht allein bewältigt werden und wird zum Teil von der Bürgererschaft ausgeführt, die dadurch einen schönen Nebenverdienst hat. Die Gurtenernte ist dieses Jahr überaus reichlich ausgefallen und eine Menge Früchte geht auf dem Felde zugrunde, weil es an Abnehmern fehlt.

## Aus dem Bericht des Gewerbeaufsichtsamts

Das Badische Gewerbeaufsichtsamts hat, wie alljährlich, seinen Bericht für das Jahr 1928 veröffentlicht. Wir entnehmen diesem einige allgemein interessierende Daten:

Die Zahl der **bestritten oder ausgeperrten Betriebe** beträgt im Berichtsjahr 234 mit einer Gesamtbelegschaft von 13 287, die Zahl der verlorenen Arbeitstage beträgt 191 634, Anträge auf Betriebsstilllegung wurden 279 gestellt, dabei kommen nur Betriebe in Frage mit mindestens 20 Arbeitern. Die Gesamtzahl der nichtlandwirtschaftlichen ausländischen Arbeiter betrug 812. Der Staatsangehörigkeit nach handelt es sich in der Hauptsache um deutschstämmige Ausländer.

Was die **Unfälle** anbetrifft, so beträgt ihre Zahl 26 234 männliche, davon tödlich 119, und 2809 weibliche Unfallbetroffene, davon tödlich 2. Die meisten Unfälle mit Todesfolge entfallen auf die Altersklasse 30—50 Jahre. Die Verkehrsunfälle nehmen nach der Unfallhäufigkeit betrachtet, den ersten Rang ein.

In den 2743 erfassten Betrieben mit einer Gesamtbelegschaft von 189 405 männlichen und 99 530 weiblichen Personen sind 12 723 **Werkwohnungen** vorhanden. Die Zahl der Betriebe unter 100 Arbeitnehmern beträgt 2209 mit einer Gesamtbelegschaft von 68 336 männlichen und 41 414 weiblichen Personen und 2559 Werkwohnungen. Die Zahl der Betriebe mit über 100 Arbeitnehmern ist 534, mit einer Belegschaft von 121 069 männlichen und 58 116 weiblichen Personen und 10 164 Werkwohnungen.

Das **Arbeits- und Lohnwesen** hat bedeutende Neuerungen erfahren. An Stelle von Ortsaristokratie trat verschiedentlich der Bezirks- und Landestarif. Für verschiedene Berufe bestehen Reichstareife. In der Heimarbeit zeigt sich immer noch ein großes wirtschaftliches und soziales Elend. Somit aber hat die soziale Lage der Arbeiter in Baden eine merkliche Besserung erfahren. Das rein proletarische im Sinne, daß Proletarier Leute sind, die rein nichts besitzen wie ihre Arbeitskraft, trifft immer weniger einseitig zu. Eine leichte Besserung der Lebensverhältnisse macht sich in den proletarischen Kreisen bemerkbar.

## Der Landesfeuerwehrtag in Kehl

Die für zwei Tage berechneten Veranstaltungen der in Kehl stattfindenden Landesfeuerwehrtage nahmen ihren Aufbruch mit einem außerordentlich großen Zutrom nicht nur seitens der beteiligten Kreise, sondern auch einer großen Zuschauerzahl.

Der Samstagabend brachte das offizielle Begrüßungsbanquet, an dem man unter den zahlreichen Ehrengästen als Vertreter der Regierung Landrat Schindler bemerkte. Hier wurde die feierliche Übergabe der Bundesfahne durch den Kommandanten von Mosbach vollzogen. Musikalische Beiträge verschönten den Abend. Die frühen Morgenstunden des Sonntags brachten einen weiteren ungeheuren Fremdenstrom aus allen Richtungen. Die **Hauptversammlung** war für 9 Uhr vormittags in der Stadthalle vorgesehen. Von 683 Wehren waren rund 480 vertreten.

Die Tagung wurde von Branddirektor überle präsident. In seiner Begrüßungsansprache unterstrich der Redner die Bedeutung der Feuerwehren als Organe der praktischen Nächstenliebe. Diese müsse verbunden sein mit liebender und werkschöpfender Achtung für Reich, Staat und Volksgenossen. In würdiger Weise wurde der gefallenen Kameraden im Weltkriege gedacht. Nach Absingen des Deutschlandliedes richtete namens der badischen Regierung sodann Landrat Schindler einige Worte an die Tagungsteilnehmer. Es folgte dann die Behandlung des Geschäftsberichtes. Ein für die Zwecke der Satzungsangleichung an die Statuten des Reichsverbandes gebildeter Ausschuss wurde gutgeheißen und soll seine Arbeiten voraussichtlich in Baden-Baden aufnehmen. Besonders Interesse fand der Vortrag von Polizeioberleutnant Pfister (Freiburg), der über Abwehrmaßnahmen im Brandfall und ihre Rechtsgrundlagen sprach. Nach weiterer Erörterung geschäftlicher Angelegenheiten wurde beschlossen, die Landestagung des Jahres 1931 in Mannheim abzuhalten. Mit Dankesworten schloß der Präsident die Versammlung und lud alle Anwesenden ein, einer Ortswehrrichtung, veranstaltet an der Wilhelmsschule, beizuwohnen.

Inzwischen hatte sich auch auf dem Festplatz lebhaftes Treiben entwickelt. Den Hauptziehungspunkt bildete am Nachmittag ein großer Festzug, in dem man 368 Gruppen zu je 8 Mann mit vielen Fahnen und Musikkapellen durch die Straßen der Stadt nach dem Festplatz ziehen sah. Der Abend vereinigte in allen Lokalen der Stadt, die einen Verkehr aufzuweisen hat, wie sie ihn seit Jahren nicht erlebt hatte, Gäste und Besucher der wohl gelungenen Tagung.

Der gedruckt vorliegende Geschäftsbericht weist darauf hin, daß der nächste deutsche Feuerwehrtag im Jahre 1932 in Karlsruhe stattfindet.

Ausschreibungen haben in der abgelaufenen Periode sechs stattgefunden, und zwar in Mosbach, Mannheim, Gernsbach, Waldkirch, Konstanz und Säckingen. Der Technische Ausschuss, der aus sieben Mitgliedern besteht, tagte elf Mal. Weiter teilt der Geschäftsbericht die in Mosbach neuentworfenen Bestimmungen über das Badische Feuerwehrentzug mit. Dieses wird vom Landesverband vertreten an Mitglieder des Badischen Feuerwehrentzugs, die eine 50jährige ununterbrochene, vorwurfsfreie Dienstzeit haben und die schon im Besitze des staatlichen Ehrenzeichens für 40jährige Dienstzeit sind. Die Verleihung erfolgt am weinroten Band. Es wird ferner verliehen an Mitglieder von Feuerwehren, welche sich bei der Feuerwehr hervorgetan haben. Die Verleihung erfolgt am blauen Band. Jeder der elf Kreise darf jährlich ein Ehrenkreuz am blauen Band in Vorschlag bringen. Ausnahmeweise kann es auch an verdiente Nichtfeuerwehren verliehen werden. Seit seiner Schaffung ist das Feuerwehrentzug verliehen worden für 80jährige Dienstzeit am weinroten Band an 708 Wehrmänner, am blauen Band an 52 Personen. Der **Deutsche Feuerwehrentzug** hat ein Deutsches Feuerwehrentzeichen 1. und 2. Klasse eingeführt, dessen Stichtagsbestimmungen jetzt erdienen sind.

Der **Badische Landesfeuerwehrentzug** zählte am 1. Januar 1929 683 Wehren mit 61 437 Aktiven und 22 501 Hilfsmannschaften. Am 1. Juli 1914 waren es 580 Wehren mit 51 039 Aktiven und 94 099 Hilfsmannschaften. Seit 11. Mai 1928 ist in 59 Fällen automobile Landhilfe geleistet worden, mit einem Gesamtaufwand von 11 583 M. In längeren Ausführungen spricht der Bericht von den **Feuerwehrentzugsklassen**, deren erster im Jahre 1912 von der Landesfeuerwehrentzugsklasse abgehalten wurde. Seit 1927 besteht die Gebäudeversicherungskasse, die Kosten der Gebäudeversicherungskasse betrittene Aufwand beläuft sich im Jahre 1928 auf rund 88 000 M. Im Lande Baden sind nunmehr 80 Automobilprijen und 119 Motorprijen aufgestellt, und zwar mit Zufuß der Landesfeuerwehrentzugsklasse 43 Automobil- und 81 Motorprijen.

## Aus der badischen Industrie

Die **Forzheimer Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie** berichtet über das Vierteljahr Juni/August 1929 u. a.: Die durch die Sommerpause saisonmäßig bedingte rückläufige Bewegung hat sich in Geschäftsgang und Beschäftigungsgrad fortgesetzt und vertieft. Die Produktionsverhältnisse blieben bei unveränderten Rohmaterialpreisen, insbesondere für Edelmetall und Anedelmetalle, sowie für Ausschmückungsmaterial im wesentlichen stabil, litten aber fortgesetzt unter dem Druck der Abgaben, Steuern und Lasten, sowie unter der nach wie vor außerordentlich schleppenden Zahlungsweise und der allgemeinen Geldknappheit. Der Großhandel bestellt nur das Notwendigste, und so ist die Fabrikation das Risiko der Lagerhaltung zum guten Teil zu übernehmen gezwungen. Der Auftragsseingang hat die Höhe der gleichen Berichtszeit des Vorjahres nicht erreicht. Erst am Ende der Berichtszeit erfolgte der Auftragsseingang eine geringe Belebung für Export. Vielfach mußte zu Betriebs Einschränkungen geschritten werden. Die Absatzverhältnisse litten insbesondere auf dem heimischen Markt unter dem allgemeinen Geldmangel, Überproduktion und außerordentlich gedrückten, nicht selten noch unterbotenen Preisen, sowie im Export unter der allgemeinen Ungunst der Zollverhältnisse, dem Wettbewerb der zu günstigeren Bedingungen arbeitenden Länder, und teilweise auch, wie in Brasilien und Spanien, unter ungünstigen Marktverhältnissen dieser Absatzgebiete selbst. Für die mit der Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie eng verbundene Uhren- und Uhrgehäufabrikation hat die Geschäftslage in der Berichtszeit gegenüber den Vormonaten vereinzelt bei stark gedrückten Preisen eine Besserung erfahren.

**Stilllegung bei Lanz.** Der Landeskommissar in Mannheim hat der Firma Lanz AG. auf deren Nachsuchen die Genehmigung zur Stilllegung der Schreinerlei mit etwa 150 Arbeitern erteilt. Zur Zeit sind noch 2500 Arbeiter und Angestellte in dem Betrieb beschäftigt.

## Tagungen

**Bundestag des Reichsbundes der Kommunalbeamten und -angestellten Deutschlands in Mannheim.** Der Bundestag des fast 200 000 Mitglieder zählenden Reichsbundes der Kommunalbeamten und -angestellten Deutschlands findet in diesem Jahre am 12. und 13. Oktober in Mannheim statt. Die Tagesordnung umfaßt u. a. Referate über „Zehn Jahre deutscher und außerdeutscher Beamtenbewegung“ (Geschäftsführer Meurer, Berlin), „Das kommunale Berufsbeamtenproblem“ (Bundesdirektor Stadtrat a. D. Ehrmann, Berlin) und „Das Gesetz über den Übertritt von Beamten in den Reichsdienst aus Anlaß der Steuervereinfachung“ (Bundesdirektor Schubert, Dresden). Am Sonntag, den 13. Oktober, werden zwei Vorträge gehalten und zwar spricht der badische Minister des Innern, Dr. Kemmle, Karlsruhe, über „Reichsreform und Selbstverwaltung“ und über „Die Zukunft des Berufsbeamtentums“ der Bundesdirektor des Deutschen Beamtenbundes, Lanz, Berlin.

**55. Deutscher Apothekertag.** Der Deutsche Apothekerverein, dem von 6400 Apothekern in Deutschland 6000 angehören, hält in der Zeit vom 9. bis 12. Sept. seine diesjährige Hauptversammlung in Heidelberg ab. Die Hauptberatungsgegenstande sind das im Reichsministerium des Innern in Vorbereitung befindliche Reichsapotheken- und Reichsarzneimittelgesetz.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	10. September	11. September	12. September	13. September
Amsterdam 100 G.	168.17	168.51	168.10	168.44
Kopenhagen 100 Kr.	111.69	111.91	111.66	111.88
Italien 100 Fr.	21.945	21.985	21.945	21.966
London 100 Pf.	20.344	20.384	20.341	20.361
New York 1 D.	4.197	4.205	4.1955	4.2035
Paris 100 Fr.	16.415	16.455	16.415	16.455
Schweiz 100 Fr.	80.86	81.02	80.79	80.95
Wien 100 Schilling	59.09	59.21	59.07	59.19
Prag 100 Kr.	12.423	12.443	12.422	12.442

### Karlsruher Hafenverkehr im August

Der Wasserstand des Oberrheins war im August sehr bewegt. Den Rückgang, den er schon am Ende des Vormonats begonnen hatte, setzte er fort und sank — am Pegel von Muzau gemessen — von 4,27 Meter am Anfang des Monats, unterbrochen nur von einer größeren Welle im letzten Drittel des Monats, bis auf 4,18 Meter. Im Gebirge waren Schiffsleichterungen erforderlich, die Großschiffahrt nach und von Karlsruhe im übrigen aber wenig behindert. Der Karlsruher Hafenverkehr war gewohnheitsmäßig kleiner als im Vormonat, hat aber den Verkehr des Monats August 1928 immerhin noch um rund 45 000 Tonnen überstiegen. Die Verkehrs Zunahme war sowohl bei der Zufuhr wie bei der Abfuhr zu verzeichnen. Bei dem städtischen Motorbootbetrieb haben sich die Schulfestien durch eine Verminderung der Schülerfahrten bemerkbar gemacht. Der im Juli durch die Eröffnung der Straßenbahn nach Nagelsbühl eingetretene Ausfall ist durch die Ausdehnung der fahrplanmäßigen Hafenrundfahrten nach Nagelsbühl wieder ausgeglichen worden.

**Bogel & Bernheimer Zellstoff- und Papierfabrik AG.** Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft wurde das Ergebnis für das Geschäftsjahr 1928/29 vorgelegt, das nach Verrechnung der Gründungskosten von circa 3 Proz. des Aktienkapitals mit einem Gewinnsaldo von 700 153,51 M abschließt. Hiervon sollen 300 000 M für Abschreibungen auf die Anlagen, 58 290,72 M zur Auffüllung des Reservefonds auf die gesetzliche Höhe Verwendung finden und eine Dividende von 8 Proz. auf das Aktienkapital von 4 200 000 M zur Ausschüttung gelangen. Die Generalversammlung findet am 23. September d. J. in Karlsruhe statt.

**Die Sparkasseneinlagen im Reich.** Ende Juli 1929 beliefen sich die Sparkasseneinlagen bei den deutschen Sparkassen auf 8316 Mill. Reichsmark gegen 8190,1 Mill. Reichsmark Ende Juni 1929. Der Berichtsmontat weist mithin eine Zunahme von circa 126 Mill. Reichsmark auf. Die Scheck-, Giro-, Kontokorrent- und Deposteneinlagen stellten sich Ende Juli 1929 auf 1404,2 Mill. Reichsmark gegen 1384,4 Mill. Reichsmark Ende Juni.

**Eine Erklärung der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekendarlehenbanken.** Zu an der Berliner Börse am Freitag und Samstag verbreitet gemessenen Gerüchten über Schwierigkeiten und Unregelmäßigkeiten bei der Geschäftsführung der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekendarlehenbanken nimmt deren Verwaltung in einer Erklärung Stellung, in der es heißt, daß bei keiner Bank der Gemeinschaftsgruppe der geringste Anlaß zu solchen Gerüchten oder Verdächtigungen besteht. Wenn solche Gerüchte mit Banken der Gemeinschaftsgruppe in Verbindung gebracht werden, so tragen sie den Charakter freier Erfindungen. Gegen die „Lekten Börseninformationen“, die diese Gerüchte verbreitet hatte, sei Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt.

**Aus der Landeshauptstadt**

**Zur Elektrifizierung der Bahn Durmersheim-Karlsruhe.** Man ist zur Zeit damit beschäftigt, auf der Bahnstrecke Karlsruhe-Durmersheim die Oberleitung zu legen. Die Umformierung in Weichstrom wird wohl Ende September im Bau vollendet sein. Zu dieser Zeit dürfte dann der elektrische Betrieb der Bahnhöfe aufgenommen werden. Die schweren Lüge für den Berufsverkehr werden aber vorerst noch mit Dampfkraft gezogen werden müssen, da die schweren Lokomotiven erst später geliefert werden. Nach Eintreffen dieser hofft man, dann den gesamten elektrischen Betrieb auf der Durmersheimer Strecke aufnehmen zu können.

**Nordversuch an der Ehefrau.** Montagabend hatte ein 33 Jahre alter Maschinenformer mit seiner 35 Jahre alten Ehefrau Auseinandersetzungen. Im Laufe dieser Auseinandersetzungen suchte er seine Ehefrau dadurch zu beseitigen, daß er sie im Bett mit Spiritus übergoss und die Bettdecke, mit der er sie festhielt, anzündete. Auf die Hilferufe der Frau löschte er den Brand. Die Frau hatte jedoch schon beträchtliche Brandwunden erlitten, daß sie ins Krankenhaus verbracht werden mußte. Der Täter wurde vom Notrufkommando festgenommen.

**Ein Opfer des Stubaiwildbaches.** Die Tochter des Hauptlehrers und Leiters der Singschule an der „Bad. Hochschule und Konservatorium für Musik“, Gustav Eckart, die 17jährige Deubild, fiel beim Spielen in den Stubaiwildbach (Trot) und ertrank. Die Leiche konnte bis jetzt noch nicht geborgen werden.

**Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe.** Bei meist wolkenlosem Wetter stiegen die Temperaturen gestern wieder auf über 25 Grad in der Ebene. Heute früh hat ein neuer Kaltlufteinbruch, der bereits gestern die Nordsee erreicht hatte, die norddeutsche Tiefebene bis zu den Mittelgebirgen erfasst. Über Norddeutschland ist daher der Luftdruck kräftig gestiegen und hat zum Wiederaufbau des britischen Hochdruckgebietes geführt. Trotzdem ist jedoch nicht mehr mit längerem Bestand der Schönwetterperiode zu rechnen, da von Nordwesten maritime Luft in die sich über dem Festland ausbreitende Kaltluft eindringen und Wolkenbildung verursachen wird. **Wetterausichten:** Kühl und wolfig, vorerst keine nennenswerten Niederschläge.

**Gemeinderundschau**

**Die Oberbürgermeisterfrage in Laub.** Die durch den Mordtitt des bisherigen Oberbürgermeisters Dr. Bins wieder akut gemordene Oberbürgermeisterfrage ist in Besprechungen der Fraktionen untereinander soweit geklärt worden, daß sich heute eine Stadtratssitzung damit befassen kann, der sich eine zweite Sitzung anschließen wird, an der der Stadtverordnetenvorstand teilnimmt. Man erwartet, daß in diesen beiden Sitzungen eine Übereinstimmung erzielt werden wird.

**Ergebnislose Bürgermeisterwahl.** Bei der Bürgermeisterwahl in Ebnet (Amt Freiburg) stimmten von 567 Wahlberechtigten 404 ab. Gemeinderat und Bürgermeister Josef Schirf konnte 191 Stimmen auf sich vereinen, während die beiden Gegenkandidaten, Landwirt Andreas Dilger 127 bzw. Gemeinderat und Schreinermeister Josef Hummel 72 Stimmen auf sich vereinten. Die Wahl verlief ergebnislos.

**Der Stausee für Benzstrich.** Als Ersatz für den Wasserentzug aus der Gießerei durch das Schluchseiswerk, muß das Badenwert für die Stadt Benzstrich einen Stausee von 9000 Kubikmeter Wasserkapazität anlegen. Nach längeren Verhandlungen der Gemeinde ist es gelungen, das Badenwert zu veranlassen, den Stausee auf 14 000 Kubikmeter zu erweitern. Mitte August ist mit den Arbeiten begonnen worden. Man hofft sie noch vor Eintritt des Winters vollenden zu können. Die Gemeinde selbst plant am Stausee ein Schwimmbad anzulegen, mit dem ein Luftbad nach Kneipp'schem System mit Gelegenheit zum Duschen und Wassertreten verbunden werden soll. Der Stausee erhält eine Länge von 200 Meter und eine Breite von 60 Meter. Die durchschnittliche Tiefe soll 4,50 Meter betragen. Bei den Grabarbeiten ist man auf ein Kohlenflöz von allerdings nur geringer Mächtigkeit gestoßen.

**Kurze Nachrichten aus Baden**

**D.3. Hirsheim, 10. Sept.** Einen tragischen Tod erlitt der 27 Jahre alte Bademeister Erwin Scherzinger. Als er vor einigen Tagen beobachtete, daß ein Kind, das im Bendorferbad badete, dem Ertrinken nahe war, sprang er sofort ins Wasser und rettete das Kind. Anschließend war Scherzinger stark erkrankt, denn bald darauf stellten sich heftige Halsschmerzen mit Halsentzündung ein, die den Tod des jungen Mannes zur Folge hatten. Erst vor zwei Jahren war der 5 Jahre alte Sohn des Scherzinger von einem Lastkraftwagen überfahren und getötet worden.

**ibid. Baden-Baden, 9. Sept.** Siegfried Wagner weist zur Zeit in Baden-Baden.

**D.3. Kreisach, 9. Sept.** Gestern fand unter großer Beteiligung die Einweihung des Denkmals des Kurmärkischen Dragonerregiments Nr. 14, das vor dem Kriege in Colmar i. G. garnisoniert war, statt. Das Denkmal ist auf dem Ederberg errichtet und besteht aus Kaiserstuhl Basaltlava, aus der ein Obelisk von 12 Meter Höhe errichtet wurde. Der Obelisk trägt einen vergoldeten Vorberkranz mit dem Namenszug des Regiments. Aus allen Teilen Deutschlands waren ehemalige Regimentsmitglieder erschienen.

**D.3. Nieberesbach (bei Bellingen), 10. Sept.** Zur Auffindung der Leiche der Frieda Duffner wird gemeldet, daß das Mädchen mit dem 29 Jahre alten Gelegenheitsarbeiter August Kramer aus Dörlingen ein Verhältnis unterhielt, das nicht ohne Folgen blieb. Kramer konnte am Sonntag verhaftet werden und gelang ein, daß er am Sonntag, den 1. September, bei einem Spaziergang die Duffner in die Eschach gestoßen habe, nachdem er ihr vorher die Handtasche mit Geld und Uhr abgenommen hatte. Er zeigte nach dem Geständnis keinerlei Spuren von Reue.

**ibid. Dintergarten, 10. Sept.** Landtagspräsident Dr. Baumgartner hat aus dem Atelier des Heimatmalers Prof. Hermann Dittler ein Gemälde für das Badische Landtagsgebäude erworben. Es ist ein Feldbergbild, das vom Waldenwegerbud gesehen ist und den Feldberg in seiner ganzen Schönheit und Wucht zeigt.

**D.3. Vörsach, 9. Sept.** Die Wiese ist in ihrem Unterlauf zum Absterben hin fast vollständig ausgetrocknet. Auch die Grundwasserzuzufuhr hat aufgehört. Die Folge davon ist, daß die Fische, die in Wasserlöchern dichtgedrängt haufen, infolge Sauerstoffmangels erstickten.

**ibid. Bellingen, 9. Sept.** In einer außerordentlichen Generalversammlung beschloß am Sonntag die Milch- und Molkereigenossenschaft den Milchpreis um 1 Pf. zu erhöhen, nachdem er in verschiedenen Bezirken bereits um 2 Pf. erhöht worden ist. Trotz außerordentlicher Maßnahmen ist die finanzielle Lage der Genossenschaft noch sehr prekär. Vom Reichsernährungsminister wurde ein Darlehen von 15 000 RM zur Verbesserung der Betriebe gegeben.

**Staatsanzeiger**

Dem Landesauschuss der Arbeiterwohlfahrt Baden wurde die Erlaubnis erteilt, Lose der in Preußen dem Hauptauschuss für Arbeiterwohlfahrt genehmigten Wertlotterie in Baden zu vertreiben.

Karlsruhe, den 5. September 1929.  
Der Minister des Innern  
J. A. Schwarz.

**Personeller Teil**

**Ernennungen, Verlegungen, Zuruhestellungen usw. der planmäßigen Beamten**

**Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern:**

**Ernannt:**

Ministerialrechnungsrat Jakob Wes beim Ministerium des Innern zum Oberrechnungsrat, und Verwaltungsobersekretär Robert Schumacher daselbst zum Ministerialrechnungsrat.

**In den Ruhestand getreten kraft Gesetzes:**

Direktor Dr. Max Renner beim Oberversicherungsamt in Konstanz auf 1. November 1929.

**Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts**

**Ernannt:**

Der ordentliche Professor an der Universität Königsberg Dr. Wolfgang Schadewald zum ordentlichen Professor für Klassische Philologie an der Universität Freiburg.

Hauptlehrer Karl Simon an der Volksschule in Kirchach, Amts Bruchsal, zum Rektor daselbst.

**Versetzt in gleicher Eigenschaft:**

Gewerbelehrer Hugo Wäntner von der Gewerbeschule in Badenburg an die Gewerbeschule in Donaueschingen.

**Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:**

Hauptlehrer Leo Frank in Lauf, Amt Bühl, bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

**Verstorben:**

Polizeisekretär Michael Schuppelin in Nastatt. Adolf Gröble, Studienrat an der Gewerbeschule in Mannheim, am 24. August 1929.

**Herbst und Winter 1929**  
Die neuesten Herren- und Damenstoffe  
**Leipheimer & Mende**

3.513. Offenburg. Über das Vermögen des Kaufmanns Billy Knobloch, Einzelkaufmann, in Firma Pianofortefabrik Billy Knobloch vorm. Frigische in Offenburg wird heute am 9. September 1929, vorm. 9 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Der Rechtsanwalt Hornmayer in Offenburg wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 28. September 1929 bei dem Gerichte anzumelden. Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf Freitag, den 4. Oktober 1929, vormittags 9 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Freitag, den 18. Oktober 1929, vormittags 9 Uhr. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache im Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgefordert, nichts an den Gemeinsschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 23. September 1929 Anzeige zu machen.

Offenburg, 9. Sept. 1929. Bad. Amtsgericht III.

**G. BRAUN**  
KARLSRUHE I. B.

**DRUCK-ARBEITEN**

JEDER ART FÜR WERBEZWECKE  
ORGANISATION-VERWALTUNG-WISSENSCHAFT

**Nachlassverwaltung.** Der Nachlass des Landwirts Karl Meier († 26. 7. 29) in Durheim a. R. wird amtlich verwaltet (§§ 1975, 1981 BGB.) 571  
Nachlassverwalter ist Ratsschreiber Fr. Kromer in Durheim a. R.  
Oberrotweil, den 5. September 1929.  
Notariat als Nachlassgericht.  
Karlsruhe. 3.510  
Güterrechtsregistereinträge:  
1. Zu Band I, Seite 287: Käufer Karl Josef Synbitus, Karlsruhe, und Friederike Emilie geb. Strobelin. Vertrag vom 8. August 1929. Gütertrennung. 3.9.29.  
2. Seite 288: Kraft Johannes, Kreidler, Karlsruhe, u. Agnes, geb. Nefer. Vertrag vom 21. August 1929. Gütertrennung. 7.9.29.  
Amtsgericht Karlsruhe.

3.514. Wertheim. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Georg Obner G. m. b. H. in

Kentbach wird nach erfolgtem Schlusstermin und erfolgter Schlussverteilung aufgehoben.  
Wertheim, 6. Sept. 1929.  
Amtsgericht.  
**Freihändiger Holzverkauf**  
Forstamt Herrnwies in Forbach (Baden), Dienstag, den 17. September 1929: 4500 fm Nadelstammholz aller Klassen. Angebote sind bis spätestens 17. September, nachm. 5 Uhr, beim Forstamt einzureichen. Losverzeichnis durch das Forstamt (Fernruf Forbach 15).

**Anzeigen in der Karlsruher Zeitung (Bad. Staatsanzeiger) haben großen Erfolg!**

**Detektiv** - Institut u. Privat-Hauskunstel  
„Argus“ Mannheim O. 6, 6 Planken  
Selbstanschluss 33905  
A. Maier & Co., G. m. b. H.

**Pianos**  
In jeder Preislage, von billigsten Klavieren bis zu kostbaren Flügel.  
Ludwig Schweisgut  
Karlsruhe I. B. Erbprinzenstr. 4 beim Rondellplatz.

**Städt. Konzerthaus Sommer-Operette**  
Lezte 4 Tage!  
Dienstag, 10. September 10 Uhr, Leo Falls Meisteroperette  
**Der liebe Augustin**  
in neuer Ausstattung mit Tanteinlagen der Tanzgruppe Bisl Suhr  
Mittwoch, 11. September Auf vielseitigen Wunsch nochmals  
**Madame Pompadour**  
mit Kammerfänger Robert Hutt als Gast  
Gewöhnliche Preise 1,20-4,50 RM

**COLOSSEUM**  
TÄGLICH 8 UHR  
GASTSPIEL  
Millowitsch

**Zimpfung 1929 betr.**  
Die unentgeltliche Zimpfung (Herbstzimpfung) der Kinder der Stadt Karlsruhe und Vororte wird in der Zeit vom 16. bis mit 27. September 1929 in der Gartenschule vorgenommen, und zwar:

- Montag, den 16. September, nachm. 5 Uhr;
- Dienstag, den 17. September, nachm. 5 Uhr;
- Mittwoch, den 18. September, nachm. 5 Uhr;
- Donnerstag, den 19. September, nachm. 5 Uhr;
- Freitag, den 20. September, nachm. 5 Uhr.

**Nachschau.**  
Montag, den 23. September, nachm. 5 Uhr;  
Dienstag, den 24. September, nachm. 5 Uhr;  
Mittwoch, den 25. September, nachm. 5 Uhr;  
Donnerstag, den 26. September, nachm. 5 Uhr;  
Freitag, den 27. September, nachm. 5 Uhr.  
Geimpft muß werden:

- Jedes Kind vor Ablauf des auf sein Geburtsjahr folgenden Kalenderjahres, sofern es nicht nach ärztlichem Zeugnis die natürlichen Blattern überstanden hat;
- jeder Jüngling einer öffentlichen Lehranstalt oder einer Privatschule innerhalb des Jahres, in dem er das 12. Lebensjahr zurückgelegt, sofern er nicht nach dem ärztlichen Zeugnis in den letzten 5 Jahren die natürlichen Blattern überstanden hat oder mit Erfolg geimpft worden ist;
- ältere impfpflichtige Kinder und Jünglinge, welche noch nicht oder schon einmal oder zweimal, jedoch ohne Erfolg geimpft wurden.

Eltern, Pflegeeltern oder Vormünder, deren Kinder und Pflegebefohlenen dem Gesetz zufolge der Zimpfung entzogen bleiben, werden an Geld bis zu 50 RM oder mit Haft bis zu drei Tagen bestraft. Für Kinder, welche von der Zimpfung wegen überstandener Blattern oder früherer Zimpfung befreit sein sollen oder zur Zeit ohne Gefahr für Leben und Gesundheit nicht geimpft werden können, sind die ärztlichen Zeugnisse letztenfalls mit genauer Angabe des Grundes, weshalb und auf wie lange die Zimpfung unterbleiben darf, dem Zimpfarzt (Bezirksarzt) vorzulegen. Ferner muß in den Zeugnissen Vor- und Zunamen und das genaue Geburtsdatum des Kindes angegeben werden.  
Die geimpften Kinder müssen bei Strafvermeidung zu der von dem Zimpfarzt bei der Zimpfung bestimmten Zeit zur Nachschau gebracht werden.  
Aus einem Hause, in welchem ansteckende Krankheiten, wie Scharlach, Masern, Diphtherie, Krupp, Keuchhusten, Flecktyphus, rosenartige Entzündung oder die natürlichen Blattern herrschen, dürfen Zimpflinge zum allgemeinen Termin nicht gebracht werden. D. 3. 69  
Eine Entschuldigung hat auch in diesem Falle zu erfolgen.  
Die Kinder müssen zum Zimpftermin mit rein gewaschenem Körper und mit reinen Kleidern erscheinen.  
Karlsruhe, den 2. September 1929.  
Bad. Bezirksamt - Polizeidirektion B.